



Foto: Mathias Thurm

Schulische Ausbildung gehört in die Berufsbildende Schule. Sie kann nicht Sache einer Handwerkskammer sein.

Handwerkskammer Osnabrück/Emsland will schulische Ausbildung anbieten

Privatisierung kann nicht geduldet werden

Am 3. Januar 2005 veröffentlichte die „Neue Osnabrücker Zeitung“ ein Interview mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland Karl-Heinz Brünger. An sich ist das kein spektakulärer Vorgang, aber in diesem Interview erläuterte Brünger eine weitere Variante zum Thema Ausbildungsplatzmisse.

1000 Jugendliche im Kammerbezirk kämen für eine handwerkliche Ausbildung in Frage, befänden sich aber in schulischen Warteschleifen wie Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr, sagte Brünger.

Angeblich hätte das Kultusministerium angefragt, ob die Kammer nicht „eine näher an der betrieblichen Praxis orientierte Vorbereitung auf das Berufsleben“ anbieten könne.

Im Interview beklagte Brünger weiterhin die hohe Zahl von ausbildungsunwilligen und ausbildungsunfähigen Jugendlichen; er verband dies mit der Zusicherung, dass die Kammer dieses Problem in ihren Einrichtungen mit ihren Ausbildern schon richten werden.

Handwerk will Überkapazitäten abbauen

Wie alle Handwerkskammern unterhält auch die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland für überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden aus dem Handwerksbereich und für berufliche Fort- und Weiter-

bildungsmaßnahmen eine große Zahl von Berufsbildungszentren. Diese Einrichtungen sind, bedingt durch geänderte Ausschreibungsmodalitäten der Arbeitsagenturen, zurzeit nicht mehr voll ausgelastet. Wurden zu guten Zeiten erhebliche Gewinne mit diesen Bildungseinrichtungen erzielt, bringen sie nun die Haushalte der Kammern in eine Schieflage.

Der Schulträger zeigt Interesse

Während die Einrichtung dieser Bildungsstätten weitgehend mit Mitteln von Bund und Land finanziert wurden, schlagen die laufenden Kosten in den Haushalten der Kammern erheblich zu Buche.

Hier liegt es aus Sicht der Kammer nahe, die mangelhafte Auslastung der Bildungseinrichtungen mit Schüler aus dem Bereich der öffentlichen Berufsschulen zu verbessern.

Auf Nachfrage erklärte der Geschäftsführer der Handwerkskammer, Herr Dr. Schlenkermann, dass die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland lediglich „selbstlose Motive“ habe. Man möchte dem Land die Einstellung von Lehrkräften ersparen, die in den nächsten Jahren bei steigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern notwendig werden. Die Schulträger würden von Investitionen entlastet und die notwendige Kooperation von Schulen und Kammer würde vorangetrieben.

Die Schulleiter der Berufsbildenden Schulen (BBS) aus dem Kammerbezirk wurden

über diese Ideen schon im Dezember informiert. Großzügig bot die Kammer den Schulleiterinnen und Schulleitern an, sich doch auf ihr „Kerngeschäft“ zu konzentrieren und bei den auch in den nächsten Jahren steigenden Schülerzahlen in den Berufsbildenden Schulen die Beschulung der „unversorgten“ Jugendlichen der Kammer zu überlassen. Diese könnten dies auch besser und kostengünstiger.

Gerade das Argument der besseren Ausbildung ist ärgerlich, im Vergleich der Qualifikation der beteiligten Lehrkräfte wird klar, dass das Personal der Berufsbildenden Schulen erheblich besser qualifiziert ist. Im Gegensatz zu den Meistern der Kammer haben die Kolleginnen und Kollegen der Fachpraxis zusätzlich zu ihrer Meisterprüfung eine pädagogische Ausbildung.

Eine MK-Arbeitsgruppe soll das Problem lösen

In unheiliger Allianz mischt nun auch die Stadt Osnabrück mit, die die Möglichkeit sieht, Kosten für die Bereitstellung ausreichender Kapazitäten an ihren Berufsbildenden Schulen zu sparen. Dies vor dem Hintergrund, dass der Haushalt der Stadt Osnabrück von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt ist und mindestens 3,9 Millionen Euro eingespart werden müssen. Intensive Gespräche zwischen Oberbürgermeister Fip (SPD) und der Kammer hat es jedenfalls diesbezüglich schon gegeben.

Nach Auskunft des MK gibt es nur zwei Möglichkeiten, die Ideen der Kammer umzusetzen.

- Entweder gründet die Kammer eine private Berufsschule, die dann nach den bestehenden Richtlinien gefördert wird – als Konkurrenz zu den bestehenden Berufsbildenden Schulen
- oder die Schulträger mieten Kapazitäten von der Kammer an.

Beides scheint nicht wahrscheinlich, da die Stadt Osnabrück keinen finanziellen Vorteil darin sieht und die Kammer wohl kaum in Konkurrenz zu den Berufsbildenden Schulen treten will. Das MK sieht wenige Möglichkeiten der Kammer entgegen zu kommen.

Misstrauisch macht dabei aber die Tatsache, dass sich schon der aus Osnabrück stammende Ministerpräsident Wulff (CDU) eingemischt hat und eine Arbeitsgruppe im MK zu diesem Problem gebildet wurde. Im Februar sollen mit den Schulleitern der BBS'sen im Kammerbezirk Gespräche geführt werden.

Unzweifelhaft ist das unkoordinierte Nebeneinander von öffentlich Berufsbildenden Schulen und Berufsbildungszentren der Handwerkskammern nicht der Weisheit letzter Schluss. In der Vergangenheit sind allerdings die Versuche der Kooperation von BBS'sen und Kammern an der eifersüchtigen Bewahrung der Eigenständigkeit der Kammern im System der dualen Ausbildung gescheitert.

Vielleicht gibt es ja Möglichkeiten der Kooperation von Schulen und Kammern zum Nutzen beider Seiten. Auf keinen Fall kann aus gewerkschaftlicher Sicht eine schlichte Privatisierung der Berufsbildung auf Kosten der BBS'sen geduldet werden.

ANDREAS STREUBEL